



UNIVERSITÄT
ZU KÖLN

HISTORISCHES ARCHIV
DER UNIVERSITÄT



ALMANACH

20 24



*Historisches Archiv der Universität zu Köln
Almanach 2024*





Der vorliegende Almanach erscheint außerhalb des Buchhandels in einer einmaligen Auflage von 200 Exemplaren.

Herausgeber:

Universität zu Köln
Historisches Archiv
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln

Texte und Gestaltung: Dr. Andreas Freitäger
Gesetzt aus der Cormorant Garamont und der Albert Sans unter
SCRIBUS

Abbildungen: Historisches Archiv der Universität
Herstellung: Hausdruckerei der Universität zu Köln

© Dr. Andreas Freitäger, 2023.





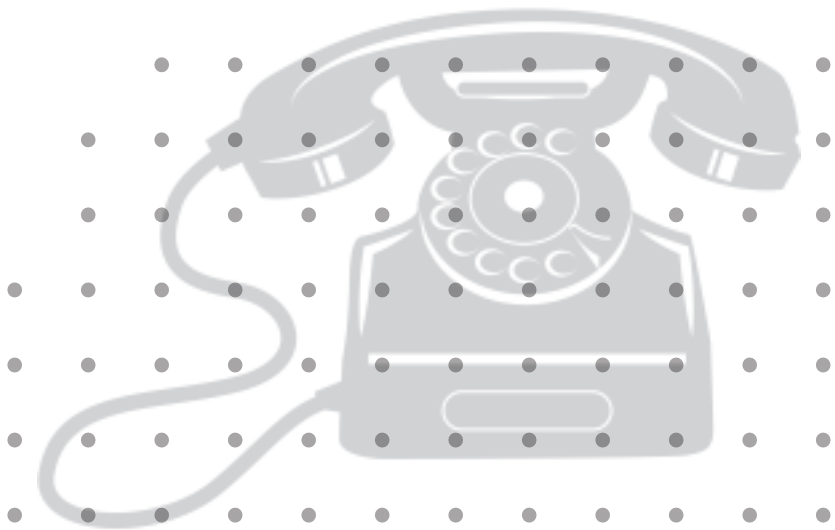
UNIVERSITÄT
ZU KÖLN

Historisches Archiv
der Universität



ALMANACH 2024







Kalender 2024





2024 JANUAR

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31	1	2	3	4

.....

.....

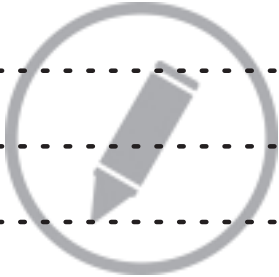
.....

.....

.....

.....

.....





2024 FEBRUAR

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
29	30	31	1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	1	2	3

Kostenlose Kalendervorlagen Dreamkalender.de

.....

.....

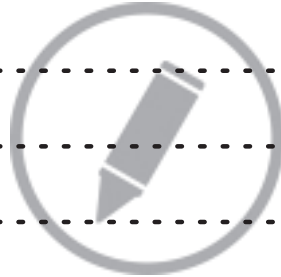
.....

.....

.....

.....

.....





2024 MÄRZ

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
28	27	26	25	24	23	22
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31

.....

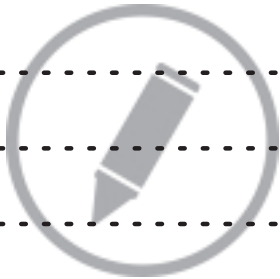
.....

.....

.....

.....

.....





2024 APRIL

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	1	2	3	4	5

.....

.....

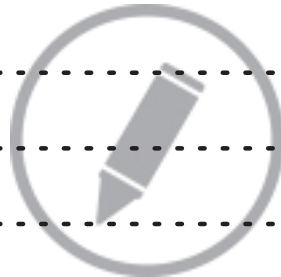
.....

.....

.....

.....

.....





2024 MAI

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
29	30	1	2	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31	1	2

.....

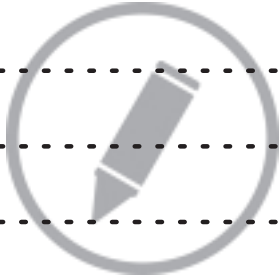
.....

.....

.....

.....

.....





2024 JUNI

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
27	28	29	30	31	1	2
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30

.....

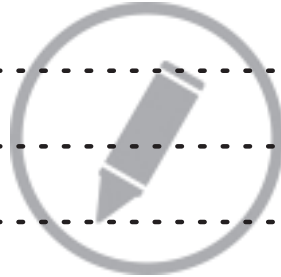
.....

.....

.....

.....

.....





2024 JULI

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31	1	2	3	4

.....

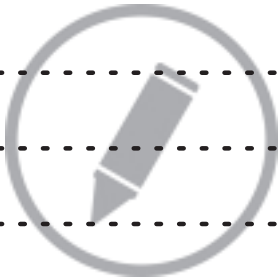
.....

.....

.....

.....

.....





2024 AUGUST

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
29	30	31	1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	31	1

.....

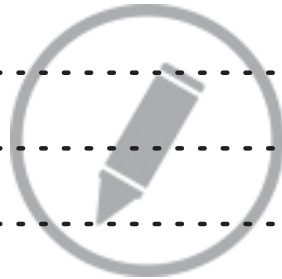
.....

.....

.....

.....

.....





2024 SEPTEMBER

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
28	27	26	25	24	23	22
21	20	19	18	17	16	15
14	13	12	11	10	9	8
1	31	30	29	28	27	26
24	23	22	21	20	19	18
11	10	9	8	7	6	5

.....

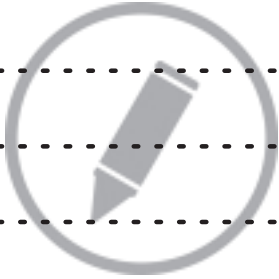
.....

.....

.....

.....

.....





2024 OKTOBER

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
30	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31	1	2	3

.....

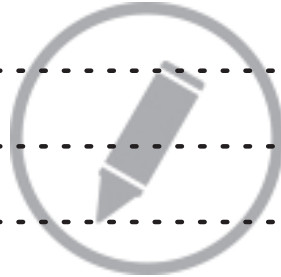
.....

.....

.....

.....

.....





2024 NOVEMBER

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
28	29	30	31	1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	1

.....

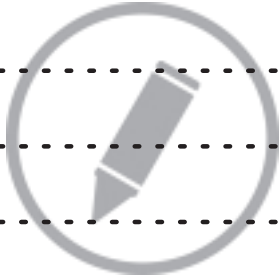
.....

.....

.....

.....

.....





2024 DEZEMBER

Mon	Die	Mit	Don	Fre	Sam	Son
25	26	27	28	29	30	1
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30	31	1	2	3	4	5

.....

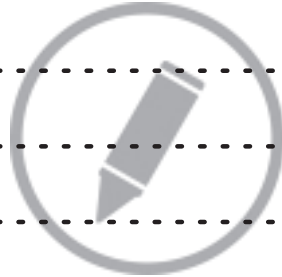
.....

.....

.....

.....

.....





Eine Fernsprechvermittlung der 1920er Jahre - mit den sprichwörtlichen „Fräulein vom Amt“ an den Steckplätzen. Der Ort ist nicht bekannt (UA Köln, Zugang 8/III/10)





AM MORGEN DES 26. OKTOBER 1968 wurde die neue „Fernsprechsammelrufnummer“ 0221/470-der Universität zu Köln aufgeschaltet. Im Jahr 2023 können wir daher ein wahrhaft kölsches, nämlich 55jähriges Jubiläum' begehen: Das ist die längste Zeitspanne, über die eine universitäre Telefonnummer unverändert blieb, seit diese bzw. ihre Vorgängerin, die Handelshochschule, an das Telefonnetz angeschlossen wurde. In den davorliegenden 57 Jahren wechselte die Telefonnummer nämlich mehrfach, teilweise in kurzen Abständen. Diesen Zusammenhängen nachzugehen, ist eines der Themen der folgenden Seiten.



Am 18. Januar 1958 richtete der Dekan der Philosophischen Fakultät, der Musikwissenschaftler Karl Gustav Fellerer, eine Beschwerde an den Rektor Hermann Jahrreiß:

99 Magnifizenz! In letzter Zeit häufen sich die Klagen von Kollegen über die Bedienung der Telefonzentrale der Universität. Es ist nicht nur die Dauer bis zur Herstellung einer Verbindung, sondern vor allen der unfreundliche Ton, der allgemein bemängelt wird. Ich selber habe einmal die Erfahrung gemacht, daß ich volle 21 Minuten warten mußte, bis die Zentrale antwortete. 5-10 Minuten sind sehr häufig die Normalzeit. Da man nicht nur bei anderen Behörden, sondern vor allem auch bei den aus-





wärtigen Universitäten empfangen und verbunden wird, muß es einen äußerst schlechten Eindruck machen, wenn Anrufe in dieser unfreundlichen Weise von unserer Telefonzentrale angenommen werden. Ich wäre dankbar, wenn es möglich wäre, hier Abhilfe zu schaffen.“²

Zeitgleich ging eine Durchschrift an den Kanzler der Universität Dr. Friedrich Schneider, zu dessen Zuständigkeit die Telefonzentrale gehörte, „mit der Bitte um Kenntnisnahme“. Diese erfolgte auch – und scheint mir bemerkenswerter als der Kontext: Der weitere Verlauf der Sache lässt sich aus Aktenvermerk und Verfügung des Kanzlers nachvollziehen: „Mit Magnifizenz besprochen. Von hier aus ist nichts weiter zu veranlassen. Sch. – Z.d.A – 800/11 –“.

Der Schlußvermerk „zu den Akten“ ist in diesem Fall quasi ein bürokratisches Todesurteil ohne Zulassung der Revision durch eine höhere Instanz. Er lässt erkennen, dass die professorale Empfindlichkeit als solche verstanden wurde – eine Spectabilität musste warten. ungläublich! Und anderswo ist das Gras ja ohnehin immer grüner ...

Es ist an der Zeit, die Tätigkeit der Kolleginnen und Kollegen in unserer Telefonzentrale und zugleich die selten sichtbare Arbeit der Fernmeldewerkstatt durch einen Blick in die Geschichte zu würdigen.



„Die schönste und praktischste Erfindung der Neuzeit“

MIT DIESEN WORTEN pries das Bankhaus Sal. Oppenheim jr. in seinem Antrag an die kaiserliche Postverwaltung vom 26. Oktober[!] 1877 den Fernsprecher, den man den Kölnern nicht vorenthalten dürfe, weswegen man die Einrichtung eines Fernsprechnetzes beantrage. Die Postverwaltung zeigte Köln allerdings noch vier Jahre die kalte Schulter; erst am 1. Oktober 1881 wurde ein ers-



tes Kölner Ortsfernsprechnet in Betrieb genommen, und dies auch nur, weil die geforderte Mindestteilnehmerzahl von 150 Anschlüssen durch die Beteiligung der Stadtverwaltung erreicht wurde, auf die gleich 22 Rufnummern entfielen. Neben dem Rathaus wurden in weiser Voraussicht zunächst die Polizeireviere und die Feuerwehr an das Telefonnetz angeschlossen; möglicherweise deshalb wurden die damals noch oberirdischen Telefonleitungen als erstes bei der Stadtverwaltung installiert.⁴

Das Fernsprechamt wurde im gleichen Gebäude wie das Telegrafenamnt an der Cäcilienstraße 4 untergebracht. Die Liste der ersten 150 Fernsprechteilnehmer wurde 1883 im Adressbuch veröffentlicht. Bis 1894 stieg die Zahl der Telefonanschlüsse auf mehr als 2.400 an.

Die 1901 eröffnete Städtische Handelshochschule musste die Segnungen der „schönsten und praktischsten Erfindung der Neuzeit“ aber noch etliche Jahre entbehren. Erstmals auf dem Titelblatt des Vorlesungsverzeichnisses für das Wintersemester 1911/12 erscheint die städtische Dienststelle Handelshochschule mit der Fernsprechnummer A5973⁵, neben der ab Sommer 1914, also unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, mit der Nummer A5095 ein zweiter Anschluss nachweisbar ist. Über die Hintergründe, warum die Kölner Hochschulen – dazu gehörte seit 1912 noch die Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung – erst dreißig Jahre nach Einrichtung an das Kölner Telefonnetz angeschlossen wurden, schweigen die Akten. Erst mit Gründung der Universität 1919 wurden zum „Fernsprechwesen“ erstmals eigene Akten angelegt.⁶ Bis dahin bestand ausweislich des erhaltenen Aktenverzeichnisses⁷ offenbar kein Grund, solche zu führen. Vermutlich wurden alle damit zusammenhängenden Vorgänge unter die Hausverwaltung subsumiert, der das Fernmeldewesen auch in der Universität lange Zeit zugeordnet blieb.





Zwischen Staat und Stadt: Telefonanschlüsse

SCHON AUF DEN ERSTEN SEITEN der einschlägigen Akten wird die besondere Stellung der durch den Staatsvertrag vom 27./29. Mai 1919 zwischen der Stadt Köln und dem Freistaat Preußen gegründeten Universität deutlich: Die junge Hochschule war zwar eine Landesuniversität, die Zustimmung der Staatsregierung hatte sich die Stadt aber mit der Finanzierung der notwendigen Bau- und Sachmittel erkaufen müssen. Wenngleich Adenauer als Oberbürgermeister zugleich Vorsitzender des Universitätskuratoriums war, bildete die Verwaltung der Universität unter dem Geschäftsführenden Vorsitzenden (von 1920 bis 1933 der erste Rektor Prof. Dr. Dr. Christian Eckert) keine städtische Verwaltungsabteilung.

Unter Adenauer wurden freilich 1919 gleich Maßnahmen ergriffen, durch die die Universität weiterhin wie eine städtische Dienststelle behandelt *wurde*. So erließ das städtische Bauamt (Amt 10) im August auch an die Kuratorialverwaltung ein Rundschreiben, wonach infolge der zahlreichen Veränderungen bei den städtischen Telefonanschlüssen neue Hebelisten für die Gebühren erstellt werden mussten. Hieraus ist zunächst zu ersehen, dass die Universität weiterhin die den daals noch städtischen Hochschulen zugewiesenen Anschlüsse A5095 und A5973 nutzte. An diese beiden Nummern waren zehn Nebenstellen als Reihenschaltung angeschlossen, die absolute Höchstzahl von je fünf Nebenstellen je Hauptanschluss. Diese waren wie folgt verteilt:

- Rektor,
- Sekretariat,
- Kasse/Quästur,
- Bibliothek,
- Prof. Dr. Stier-Somlo (Abteilungsleiter Kommunal- und Ssozialstudium
- Prof. Dr. Lorck (Leiter des Prüfungsamtes),
- das Chemische Institut und
- das Physikalische Institut.



Dass dies auf längere Sicht zu wenig war, ist im weiteren Verlauf darzulegen. Im diesem Kontext ist die Bindung der Landesuniversität an die Stadtverwaltung wichtig: So wurden wie bisher die Gebühren von Amt 10 an die Post gezahlt, nun aber nur vorschussweise, und mussten von der Universität an die Stadthauptkasse/Vorschusskasse erstattet werden. Grund dafür dürfte sein, dass die von der Universität weitergenutzten Amtsanschlüsse ursprünglich von der Stadt beantragt und auf diese angemeldet worden waren.

Im weiteren verbot das Bauamt der Universität wie auch allen städtischen Dienststellen (Rundschreiben vom 1. Juli 1920) jegliche Arbeiten an den posteigenen Telefonanlagen wie auch direkte Kontakte mit der Post. Schon am 17. November 1919 hatte es jede selbständige Umschaltung von Nebenstellen auf andere Klappen der örtlichen Telefonzentrale ohne Wissen der Post und des Bauamts strikt untersagt. Auch aller Schriftwechsel hatte über dieses zu erfolgen. Aus eben diesem Grund lief auch die Aktualisierung der Einträge im Amtlichen Fernsprechverzeichnis über die Stadtverwaltung, und zwar jährlich.



Können wir bis hierher noch folgen, so verlassen wir den Sektor der Logik, wenn die Universität regelmäßig vom städtischen Büroprüfungsamt (A20) zur Aktualisierung des internen Verzeichnisses der städtischen Fernsprechanschlüsse aufgefordert wurde, wobei erst 1925 die Universität unter die „nichtstädtischen Dienststellen“ eingereiht wurde. Dieser Schwebezustand fand 1933 sein Ende, als das Kuratorium der Staatsanstalt Universität bei der Stadtverwaltung am 7. Juli 1933 den Antrag stellte

99 zu prüfen, ob mit Rücksicht darauf, dass die Universität keine städtische Einrichtung ist, eine Änderung⁴ im bisherigen Verfahren eingeführt werden könne, „so, dass wir künftig mit dem Fernsprechamt und dem Telegrafbauamt selbständig verkehren. Der Umstand, dass die Stadt Eigentümerin des Universitätsgebäu-






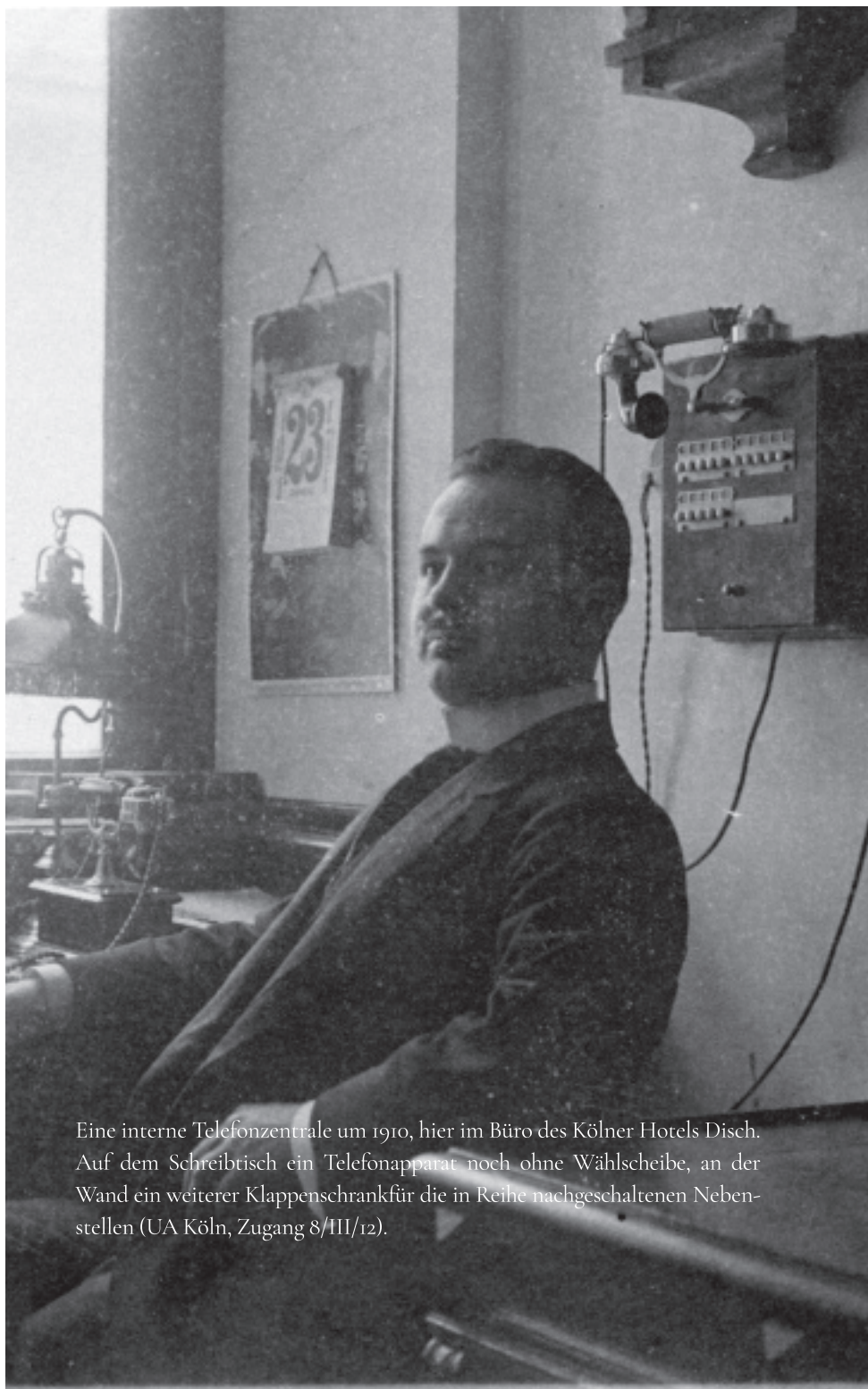
des ist, dürfte dem unmittelbaren Verkehr nicht im Wege stehen.“⁸

Wenngleich die Verwaltung am 10. Juli vermerkte, dass „Antwort bisher nicht eingegangen“ sei, hatte die Stadtverwaltung sofort bei Eingang des Antrags am 8. Juli bei der Reichspost die Übertragung der Anschlüsse von der Stadt auf die Universität in die Wege geleitet. Auf die Universität gingen entsprechend die acht Amtsleitungen (Anschlüsse 90 911/918) für das Hauptgebäude an der Claudiusstraße, die vier dortigen Münzfernsprecher und 18 Anschlüsse in den auswärts untergebrachten Instituten über.



Von der Handvermittlung zum Selbstwähldienst

IE ÜBERNAHME DER FERNSPRECHNUMMERN durch die Universität war erst mit Umbau der Telefonzentrale sinnvoll geworden: Zum 1. Februar 1924 richtete die Post für die südlichen Stadtteile das neue Fernsprechamt „Ulrich“ in der Nähe der Ulrepforte ein, das auch für die Universität zuständig wurde. Am 9. Oktober 1924 teilte das Städtische Bauamt der Post die Einrichtung einer „eigene[n] automatische[n] Zentrale“ für die Universität mit, die durch die Firma Siemens & Halske geliefert und installiert und am 5. November 1924 in Betrieb genommen wurde. Damals war Köln wie das ganze linke Rheinufer noch von den Alliierten besetzt und durch eine Zollgrenze von übrigen Reich getrennt. So wurden Ende Dezember auf den Titel V/7 (Neubau des Telefonsystems in ein Selbstwählersystem) des Haushalts die vorschussweise an die Firma Siemens gezahlten Fracht- und Zollgebühren gebucht.



Eine interne Telefonzentrale um 1910, hier im Büro des Kölner Hotels Disch. Auf dem Schreibtisch ein Telefonapparat noch ohne Wählscheibe, an der Wand ein weiterer Klappenschrank für die in Reihe nachgeschalteten Nebenstellen (UA Köln, Zugang 8/III/12).





Insgesamt wurde die Bewilligung für den Neubau in Höhe von 23.500 Goldmark

99 infolge der nachträglichen Netzerweiterung von 40 auf 60 Nebenstellen, von 3 Amtsleitungen auf 6 Amtsleitungen, Mehrlieferung von 12 Tischfernsprechstationen und deren Montage, sowie der überaus schwierigen Leitungsverlegung innerhalb des Gebäudes“

um läppische 43,5%⁹ überschritten – *some things never change* –, so dass das städtische Bauamt am 24. November 1924 einen Nachkredit in Höhe von 10.000 Goldmark anforderte.¹⁰ Aber erst mit der Umschaltung der Universität auf das neue Selbstanschlussamt „Hansa“, die dem Kuratorium am 18. Mai 1927 mit der neuen Sammelnummer 90 911 angezeigt wurde, konnten Rektorat, Verwaltung, die Institute und Professoren selbständig eine gewünschte Telefonnummer im Amtsnetz wählen. Anlässlich der Umschaltung auf Selbstwähldienst mahnte die Post die Anpassung von ‚Privatanlagen‘ für vollselbständigen Betrieb an¹¹: Dahinter verbirgt sich schlicht die Anbringung von Wählscheiben an die Tischgeräte und die Zentrale.

Am 23. Juni 1932 gab das Hochbauamt per Rundschreiben bekannt, dass „die vielfach eingeführte parallel geschalteten zwei Sprechstellen nicht mehr zulässig“ seien: „Die Post dringt auf deren umgehende Beseitigung.“¹² Auch in der Universität wurde also getrickst, v.a. in den Instituten: Verboten wurde die Praxis, auf einer Nebenstelle zwei Telefonapparate (etwa im Vor- und im Direktorenzimmer) anzuschließen, von denen beiden aus telefoniert werden konnte. Drei dieser Konstruktionen seien gar ohne Zutun der Installationsabteilung des Hochbauamts eingebaut worden. Als Lösung bot man seitens der Stadt die Anschaffung von Sekretärstationen an, deren beträchtliche Anschaffungskosten von 180 RM pro Stück aber aus Seminarmitteln zu finanzieren waren, oder forderte zur Entfernung der zweiten Sprechstelle auf.





Werbemarke der Frankfurt Privat-Telephon-Gesellschaft m.b.H., die für „Selbsteinschaltungsanlagen“ warb. Abgebildet ist eine sog. Sekretärstation (UA Köln, Zugang 8/III/8).



Zwecks Vermeidung dieser Investition bat das Betriebswirtschaftliche Seminar um die Anbringung einer zweiten Telefonsteckdose im Direktorzimmer, um den Telefonapparat bei Bedarf dort einstecken zu können. Der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät meinte auf die zweite Sprechstelle nicht verzichten zu können und schlug zur Kostenminimierung als Provisorium den Einbau eines Umschalters vor „in der Annahme, dass dem Dekanat in der neuen Universität eine Sekretärstation zur Verfügung steht.“¹³

Eine am 19. Juli 1927 beantragte Erweiterung der universitären Telefonanlage um zwei Amtsleitungen wurde am 27. September durch den Unterausschuss des Hoch- und Tiefbauausschusses der Stadt genehmigt und die Arbeiten zu 3.200 RM wiederum an die Firma Siemens & Halske vergeben. Die Arbeiten waren am 11. Juni 1928 abgeschlossen. Die bei den Akten befindlichen Stundenzettel und Materiallisten sind potenziell von technikgeschichtlichem Interesse.


Infolge der Planungen für das neue Universitätsgebäude in Lindenthal sollten in der Folge für die Telefonanlage an der Claudiusstraße jedoch keine kostenträchtigen Umbauten mehr vorgenommen werden, obwohl sich noch ein Angebot der Firma Siemens & Halske für die Erweiterung der Telefonanlage vom 26. Mai 1933 in den Akten befindet.¹⁴ Ein Angebot von Siemens für eine aus Kopfhörer und Mikrofon bestehende Sprechgarnitur beantwortete die Universität im Oktober 1930 mit der Rückfrage, ob nicht statt der Kopfhörer zu geringeren Kosten das Gespräch durch einen Lautsprecher verstärkt werden könne: „Wir müssten dann schon warten bis nach der Übersiedelung in das neue Universitätsgebäude.“¹⁵

Für die 1928 von der Firma ‚Alltrans‘ übernommen Räume im Gebäude Alteburger Straße 151-153 bot die ‚Rheinische Telefon-Gesellschaft m.b.H.‘ der Universität die mietweise Übernahme von deren Telefonanlage an.






Die Menschen vor der Wählscheibe: die Telefonzentrale

IE INSTALLATION EINES SELBSTWÄHLSYSTEMS in der Universität mit den von dem Amerikaner Strowger erfundenen und in Deutschland modifizierten Hebdrehwählern sowie der Anschluss an das Selbstwähllamt „Hansa“ reduzierten die von der Telefonzentrale zu erledigenden Vermittlungen erheblich, da Gespräche mit Hausanschlüssen wie Ortsamtsgespräche nun vom Anrufer selber hergestellt werden konnten. Die Zentrale übernahm verstärkt die Funktion des Empfangs für auswärtige Anrufer und der Auskunft für Beschäftigte, denen Direktdurchwahlen nicht bekannt waren.

Die Nummern der Nebenstellen wurden innerhalb der Universität durch gedruckte oder vervielfältigte Verzeichnisse bekanntgemacht. Das erste, handschriftliche Konzept eines Telefonverzeichnisses findet sich in den Akten und wurde mutmaßlich um die Jahreswende 1924/25 erstellt. Das älteste gedruckte Verzeichnis ist ein Doppelblatt im Endformat DIN A4 und nicht datiert¹⁶, stammt aber aus der Zeit vor dem 25. September 1933, da Christian Eckert noch als Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums genannt wird, der zu diesem Datum entlassen wurde.¹⁷ Die folgenden Telefonverzeichnisse aus den Jahren 1935 und 1938 erschienen broschiert im Format DIN A5.¹⁸

Der Journalist Joseph Roth veröffentlichte 1919 im Wiener „Der Neue Tag“ einen Bericht aus der dem Normalbürger – wörtlich – verschlossenen Welt des Fernmeldeamts:

 Im zweiten Stock beginnt's, ungemütlich zu werden. Da gibt es eisenbeschlagene, strenge Türen, und alle sagen stolz und abweisend: Eintritt verboten. [...] Im vierten Stock ist die Zentrale. Ein Zimmer. Nackt, amtlich. Wie ein Schulraum. Ein Zeichensaal. Große, breite Tische, Maschinen und Ziffern, wie Schreibmaschinen. Und Frauenköpfe. Blonde, braune, jüngere, ältere, hübsche, vergrämte Gesichter. Ah! Nun hab' ich es! Dieses geheimnisvolle ‚Es!‘, dessen Stimme ich nur kannte, das mich zur Verzweiflung bringt, mir das Leben verbittert: das Telephonfräulein.“¹⁹

29





Das sprichwörtlich gewordene ‚Fräulein vom Amt‘ – „Hier Amt. Was beliebt?“ – war häufig genug Zielscheibe für den Frust all jener, die sich nicht rasch genug verbunden glaubten (s. das einleitende Zitat von 1958) und gerade deswegen Sujet humoristischer Postkarten: Auf diesen wurde das Machtverhältnis zwischen dem an sich zum bloßen Zuhören und Weiterverbinden verdamnten ‚Telefonfräulein‘ und dem (zahlenden) Fernsprechteilnehmer umgekehrt. –

Im weiteren offenbart Roth Mitleid mit den entpersonalisierten Beschäftigten in den Fernmeldeämtern, das sich im unpersönlichen ‚man‘ manifestiert:

” Irgendwo kurbelt ein Mensch. Der Knopf leuchtet auf. Eine Nummer plätschert. Man wiederholt sie. Man drückt auf einen Taster. Und irgendwo sprechen zwei Menschen miteinander. [...] Alles Denken ist ausgeschaltet. Das Gehirn wird mechanischer Bestandteil der Telephonzentrale. Man darf nur horchen, Nummern hören, fortwährend Nummern. Und einen kleinen irrsinnigen Knopf abwechselnd aufleuchten und verlöschen sehen. Und murmeln. Zahlen, Zahlen nichts als Zahlen.“²⁰

Ein Telefonfräulein ist im Dienst keine Person, sondern Teil einer Maschine; auch im Bereich unserer Universität wurden die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zentrale nicht angemessen anerkannt oder wertgeschätzt; bis zur Einführung des Selbstwähldienstes mussten auch hier Gespräche durch den Telefonwart bzw. den Hausinspektor vermittelt werden. Die Studentenschaft – in Fernmeldeangelegenheiten ein schwieriger ‚Kunde‘ – beschwerte sich hinsichtlich ihrer an den Anschluss A5927 angeschlossenen Nebenstelle,

” dass keine Woche vergeht, in der nicht der bezeichnete Apparat irgendeine empfindliche Störung aufweist, so dass ein telefonisches Erledigen von Angelegenheiten sehr häufig völlig ausgeschlossen ist.“





„Hallo, hallo! Ich warte seit einer Viertelstunde auf das Gespräch mit Monsieur Untel!!! Fräulein, Nummer 1026, ich bin in Eile.“ — „Ah, der kann warten! Immer in Eile, diese Händler, und anspruchsvoll! Wenn wir nicht auch andere Abonnenten hätten, gingen wir auf dem Zahnfleisch und würden niemals lachen! – Komm', wir werden uns über das Durcheinander amüsieren, Marie-Louise, wenn wir die Verbindungen vertauschen!“

(UA Köln, Zugang 8/III/9; um 1908)



„Er schäumt!“ — „Du meine Güte! Wollen Sie antworten, Fräulein!“

(UA Köln, Zugang 8/III/7)





Die Studentenschaft habe einen derartig umfangreichen Betrieb, dass die Schaltung eines vierten Amtsanschlusses mit Reihenanlage vorgeschlagen wurde. Kurator Eckert bestätigte die Richtigkeit der Schwierigkeiten, die sich nur dadurch beseitigen ließen, dass die Studentenschaft einen Antrag auf eine eigene (d.h.: von dieser zu bezahlenden) Reihenanlage vorlegte. Hiervon nahm die Studentenschaft „mit Rücksicht auf die hohen Kosten Abstand.“²¹

Der weitere Rahmen ergibt sich aus einer Beschwerde im Vorjahr über die nach Absicht der Studentenschaft mangelhafte Bedienung der Zentrale durch Hausinspektor und Telefonwart:

“Sowohl der Hausinspektor Lehrmann wie der Pedell Kalscheid[!] bedienen den Apparat mit einem derart geringen Maß von Sachkenntnis, daß es zeitweise tatsächlich unmöglich ist, sowohl die Verbindung mit der Zentrale selbst, wie die mit dem Amt und weitere zu bekommen. Es erscheint uns dringend notwendig[,] den genannten Herren zunächst einmal einen sachgerechten Unterricht in der Handhabung von Telefonapparaten erteilen zu lassen.“²²

In seiner Stellungnahme wurde der Hausinspektor sehr deutlich:

“Der Telefon-Apparat wird gemäß der Vorschrift bedient, und nach den vom Apparat gegebenen Zeichen, wird genau und peinlich gearbeitet. Meines Erachtens nach ist es doch wohl keine Kunst, einen Telefon-Apparat zu bedienen. In meiner 18jährigen Dienstzeit an der Universität hatte ich stets diese Funktion zu erfüllen.“²³

Der in seiner Ehre getroffene Feldwebel a.D. untermauerte dies mit dem Hinweis auf seine Weltkriegserfahrungen:

“Auch draußen im Felde bei großer Verantwortung, kämpfend mit tausenderlei Schwierigkeiten habe ich stets zur vollen Zufriedenheit meiner Vorgesetzten mich meiner Aufgabe am Apparat erledigt [richtig: entledigt]. [...] Ich muß aus der Beschwerde schließen, daß Herr Nord für die vorschriftsmäßige Abwicklung des Telefongesprächs keine Zeit hat. Bekanntlich kann am





Apparat immer nur eine Partei nach der anderen bedient werden. Die fragliche Leitung steht nicht allein der Studentenschaft zur Verfügung, sondern das Physikalische und das Forschungsinstitut benutzen die Leitung sehr oft. So kommt es oft, daß, wenn die Studentenschaft das Amt wünscht, die Leitung schon von einer oder der anderen Stelle in Anspruch genommen ist. Dieser Fall trug sich am Montag-Vormittag in der Zeit zwischen 10.30 und 11.00 Uhr zu.“²⁴

Der rasche Anstieg der Studierendenzahlen an der jungen Kölner Universität bedingte neben Schwierigkeiten beim Telefonverkehr auch solche in der UNterbringung der Zentrale in der Pfortnerloge. So stellte Lehrmann am 31. März 1921 beim Kuratorium folgenden Antrag: „Da ich im Telefonzimmer meine schriftlichen Arbeiten nicht erledigen kann[,] habe ich in meiner Dienstwohnung ein Zimmer für diese Zwecke eingerichtet. Ich bitte, mir die Miete für dieses Zimmer zu erlassen.“²⁵ Das Kuratorium lehnte den Antrag jedoch ab, um keinen Präzedenzfall zu schaffen.



Personalakten sind an sich eine ziemlich trockene Materie: Sie regeln den rechtlichen Rahmen und die Besoldung der universitären Dienst- und Arbeitsverhältnisse. Die erhaltenen Akten der „Telefonwarte“, Telefonisten und Telefonistinnen sind aber der einzige Weg, um die Menschen ‚vor der Wählscheibe‘ sichtbar werden zu lassen. Sie ergeben für die Spanne von 45 Jahren ein grobes Profil der in der Telefonzentrale der Universität tätigen Menschen – mangels Vollständigkeit ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit: Danach wurde die Tätigkeit in der Telefonzentrale oft Menschen mit einer Behinderung übertragen. Ausweislich der Haushaltspläne²⁶ war der Hausinspektor, zu dessen Zuständigkeit die Telefonzentrale künftig gehörte, seit 1921 etatisiert, seit 1923 die Stelle eines „Telefonwarts“.





Dieser gehörte aber – anders als der beamtete Hausinspektor – zur Gruppe der Lohnarbeiter, rangierte aber unter diesen an erster Stelle vor den Hilfspedellen. Seit dem Haushaltsjahr 1935 war im Stellenplan unter den Tarifangestellten auch eine zusätzliche Stelle für die „Telefonzentrale“ ausgewiesen.

Dem ersten bekannten „Telefonwart“ wollen wir uns ausführlicher widmen: Am 8. April hatte der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Eckert, beim Amt 8 der Kölner Stadtverwaltung eine freie Stelle als Buchbinder gemeldet. Seine Tätigkeitsbeschreibung dürfte heutigen Personalsachbearbeitern aber Angstschweiß auf die Stirne treiben:

99 Er [der Buchbinder] soll im Pedellenzimmer am Eingang zum Universitätsgebäude seinen Platz haben, das Telefon bedienen und Auskünfte an die Besucher des Hauses geben, nebenbei und namentlich während der Ferien Akten heften.²⁷

Ein Buchbinder, der nur nebenher Akten heftet, ansonsten aber mehrheitlich Telefon- und Auskunftsdienste leistet ...! Unter Hausinspektor Hermann Lehrmann wurde am 23. April 1921 Friedrich Kahlscheidt (1883-1931) auf diesen Posten eingestellt. Über seinen Werdegang gibt ein Antrag auf Umgruppierung zum Angestellten der Universität vom 5. Oktober 1922 Auskunft: Geboren 1883 in Köln, absolvierte er nach dem Besuch der Volksschule ab dem 14. Lebensjahr (d.h. ca. 1897) eine Ausbildung zum Dekorationsmaler bei der Kölner Firma August Schregel, bei der er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs beschäftigt blieb. Mit 31 Jahren wurde Kahlscheidt sofort im August 1914 als Soldat eingezogen und an die Front geschickt. Am 6. März 1916 als Kriegsbeschädigter entlassen, wurde er über die Fürsorge an die Stadt Köln in unbekannter Stellung vermittelt, von der er nach fünf Jahren zur Universität wechselte.





Zwei Anträge auf Anstellung als (ruhegeldberechtigter) Angestellter wurden abschlägig beschieden: Am 20. November verwies der Büroleiter der Kuratorialverwaltung (Beamter!) auf eine Verfügung des Oberbürgermeisters vom 10. November 1922, wonach „Überführungen aus dem Arbeiter- in das Angestelltenverhältnis bis auf weiteres nicht mehr stattfinden sollen“. Ein erneuter Antrag im November 1925 wurde unter Hinweis auf die im Haushaltsplan nicht als Beamten- oder Angestelltenstelle ausgewiesene Planstelle als Telefonist abgelehnt. „Sie müßte dann auch mit einem Versorgungsanwärter besetzt werden“, d.h. mit einem ausgeschiedenen Unteroffiziersgrad mit Zivilversorgungsschein. Die Perfidie dieser Argumentation erschliesst sich, wenn wir uns an die Entlassung Kahlscheidts als Kriegsbeschädigter aus dem Militärdienst erinnern, der aber als „Gemeiner“ seine Gesundheit im Krieg eingebüsst hatte.

Anders lag der Fall seines Chefs Hermann Lehrmann (1872-1942)²⁸: Dieser diente von 1890 bis 1903 als Soldat und wurde 1903 als Versorgungsanwärter bei der Stadtbibliothek Köln untergebracht, zunächst als Bibliotheksdiener, später als Bibliotheksexpedient. Am Krieg nahm er von März 1915 bis Dezember 1918 als Feldwebel teil. Ende September 1919 wurde er wie andere städtische Bedienstete der Universität zunächst auf drei Jahre zur Dienstleistung ‚überwiesen‘ (abgeordnet) und zum 1. April 1924 definitiv in den Universitätsdienst übernommen.

Am 18. Oktober 1920 hatte der Geschäftsführende Kuratoriumsvorsitzende Christian Eckert eine Planstelle für einen Hausinspektor beantragt, weil die „grössere Ausnützung[!] des Gebäudes durch erweiterten Lehrbetrieb, Einbau neuer Dozenten Zimmer, Seminarräumen und Studentenzimmern sowie Vermehrung der Möbel und sonstigen Einrichtungsgegenstände [...] eine Persönlichkeit [bedingt], die nicht gleichzeitig Pedell ist.“





Wegen der damit einhergehenden Neuaufnahme des Inventars sowie der fortlaufenden Neuinventarisierungen, der Beaufsichtigung der Putzfrauen und der Botengänge für das Kuratorium sollte die Stelle „entsprechend der Verantwortung“ eine Gehaltsstufe über dem 1. Pedell bewertet werden.

Auf seine Bewerbung hin wurde Lehrmann zum 1.1.1921 mit Beamteneigenschaft, Ruhegehaltsberechtigung und Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge und Unfallversicherungsschutz unter Anrechnung von Militärdienst und Beschäftigungszeiten bei der Stadt in die Endgehaltsstufe mit 7.500 Mark jährlich eingruppiert. Zum 1.4.1921 wurde seine Besoldung der des städtischen Hauinspektors des Rathauses angeglichen. Am 1. Dezember 1937 trat Lehrmann in den Ruhestand.

Kahlscheidt verblieb hingegen zeitlebens in der Gruppe der Arbeiter. Ausweislich der Personalakte wurde er im Mai 1931 auf seinen Antrag nach 15jähriger Dienstzeit nicht in die Gruppe der (tarifangestellten) Telefonisten überführt, ihm stattdessen nur die nächsthöhere Lohngruppe mit 96 RM monatlich zugestanden.²⁹ Sein karges Gehalt besserte Kahlscheidt mit musikalischen Darbietungen auf Feierlichkeiten und der Vermittlung von Hobbymusikern auf. Einen Gutteil seiner Personalakte machen Schriftwechsel wegen Beschwerden des städtischen Stellennachweises und Interessenvertretern der Berufsmusiker wegen dieser Doppeltätigkeit aus.



Wenige Tage nach Ende ihrer Ausbildung zur staatlich geprüften Kinderkrankenschwester wurde Irene v. Halasz (1913-?), Tochter eines Telegrafenspektors, mit 48 Stunden wöchentlich als Telefonistin an der Universität eingestellt, zunächst im Stundenlohn.³⁰



Weil laut einem Aktenvermerk vom 12. April 1935 „die Stelle des Telefonisten an der Universitäts-Telefonzentrale [...] im Haushaltsplan 1935 als Tarifangestelltenstelle vorgesehen und mit der Eingangsvergütung der Tarifklasse II/1 ausgestattet“³¹ war, wurde sie mit Wirkung vom 15. April als Angestellte weiterbeschäftigt und ab dem 1. Juni nach Tarifklasse III/1 bezahlt. Zum 1. Mai 1938 kündigte sie wegen Verheiratung ihre Stellung. „Die Stelle wird mit Wirkung vom 1.5.1938 dem bisherigen Hilfspedell Anton Miculey über- tragen.“³²



Mit Schreiben vom 24. Oktober 1938 wurde der Universität durch die NS-Kriegsopferversorgung e.V., Gau Köln-Aachen der Kaufmann Bertram Miesem (1896-1939) als „durchaus befähigt, den Posten eines Telefonisten zu übernehmen“ empfohlen und zum 28. Oktober auf dreimonatige Probe mit Aussicht auf Übernahme ins Angestelltenverhältnis als Telefonwart „einberufen“.³³

Am 25. Februar 1939 wurde er durch den Bezirksfürsorgeverband der Stadt Köln als „Schwererwerbsbeschränkter“ den Schwerbeschädigten gleichgestellt: Laut seinem Lebenslauf hatte Miesem als Soldat im Reserve-Infanterieregiment 99 am Ersten Weltkrieg im Westen teilgenommen und wurde mit dem Eisernen Kreuz II ausgezeichnet. „Infolge eines Herzleidens wurde ich nach längerer Lazarettbehandlung zum Generalkommando des 14. Armeekorps nach Straßburg abkommandiert.“³⁴ Am 18. Dezember 1939 verstarb Bertram Miesem nach einer mittelschweren Bronchitis; heute wissen wir, dass bei massiven Entzündungen der oberen Atemwege kurzfristig ein erhöhtes Herz- oder Gehirnfarkt besteht.





Aus der Nachkriegszeit sind derzeit sind nur noch zwei weitere Personen als Telefonisten bzw. Telefonistinnen bekannt: Zum 2. September 1964 wurde der Musiker Herbert Götze (1911-?), bis zu seiner Flucht aus der DDR Bibliothekar der Dresdener Philharmoniker, in der Telefonzentrale eingestellt. Da sich ihm aber eine der früheren Tätigkeit vergleichbare Stellung bei der Stadt Köln bot, schied er bereits zum 31. Januar 1965 wieder aus.

An seine Stelle trat zum 2. Mai 1965 als Halbtagskraft Frau E. M. (*1945). Die gelernte Friseurin hatte ihren Beruf wegen Unverträglichkeiten aufgeben müssen und war durch die Arbeitsverwaltung in einem dreimonatigen Kurs zur „Bürohilfin“ umgeschult worden. Zum 30. Juni 1967 schied auch sie wegen Verheiratung aus der Tätigkeit als Telefonistin bei der Universität aus.



Das liebe Geld

21 AM 26. OKTOBER 1929 fiel mit der Grundsteinlegung der Startschuss zum Universitätsneubau an der Inneren Kanalstrasse, der von 1931 bis 1933 nach Sicherung des Rohbaus infolge der Weltwirtschaftskrise ruhte. Mit Reichsmitteln konnte der Bau 1934 vollendet werden.

Dabei wurde eine vollständig neue Telefonanlage geplant und von der Berliner Firma Mix & Genest gebaut. Im Rahmen der Haushaltsplanungen für das Rechnungsjahr 1934 wurde der Ist-Zustand der Telefonanlagen in der Claudiusstraße den Planungen für den Neubau gegenübergestellt: Dort sollten 120 Nebenstellen an die 16 Amtsleitungen angeschlossen werden. Für die 50 Nebenstellen sowie die noch in zahlreichen anderen Gebäuden untergebrachten Institute wurden am alten Standort 21 Amtsanschlüsse benötigt. Die Unterbringung aller bisherigen „Außenstellen“ im Neubau sollte eine Ersparnis bringen.

Ansätze für Fernsprechgebühren von 1922 bis 1939

Haushaltsjahr	Titel	Ansatz	Ansatz Vorjahr	Rechnungsabschluss
1922	I/39	19.800 M	8.000	
1923	I/39	535.300 M ³⁶	19.800 M	
1924	II/30	12.300 RM	n.a.	5.683 RM
1925	II/24	12.000 RM	12.300 RM	6.553 RM
1926	II/24	7.500 RM	12.000 RM	7.420 RM
1927	II/23	10.000 RM	7.500 RM	8.751 RM
1928	II/19	10.000 RM	10.000 RM	14.773 RM
1929	II/19	12.500 RM	10.000 RM	15.358 RM
1930	II/20	15.000 RM	12.500 RM	15.779 RM
1931	II/20	16.000 RM	15.000 RM	18.310 RM
1932	II/18	15.080 RM	16.000 RM	17.485 RM
1933	II/18	15.800 RM	15.080 RM	16.699 RM
1934	II/18	15.800 RM	15.800 RM	16.718 RM
1935	II/13	24.600 RM	15.800 RM	16.405 RM
1936	II/14	17.000 RM	24.600 RM	15.215 RM
1937	II/14	17.000 RM	17.000 RM	16.607 RM
1938	II/12	17.000 RM	17.000 RM	n.a.
1939	II/12	17.000 RM	17.000 RM	n.a.



Schauen wir uns hingegen die Haushaltsansätze für 1933 und 1934 an (s. Tabelle S. 39 alle Zahlen sind den Haushaltsplänen 1922-1939 entnommen). Überschreitungen der Ansätze für die Fernsprechkosten waren seit 1928 der Regelfall, in diesem Jahr sogar um 47%! Von Ersparnis konnte auch nach dem Bezug des Neubaus keine Rede sein. Erstmals 1935 blieb der Rechnungsabschluss mit 16.405 RM hinter dem deutlich erhöhten Ansatz von 24.600 RM zurück.³⁵

Die ständig steigenden Ausgaben für Ferngespräche blieben auch der Verwaltungsspitze nicht verborgen:

“Die aussergewöhnlich hohen Liquidationen des Fernsprechamtes an Gebühren für Dienstgespräche gibt mir Veranlassung, die Herren Instituts- und Seminardirektoren zu bitten, die Benutzung des Telefons für dienstliche Zwecke durch An- oder Rückfragen mit Firmen pp. auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Derartige Gespräche lassen sich fast immer auch auf schriftlichem Wege mittels Postkarte erledigen, wodurch dann grössere Ersparnisse erzielt und die immer mehr ansteigenden Telefonkosten auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Die Universität Köln ist infolge der angespannten Finanzlage (Einnahmeausfall durch Abnahme der Studierenden) gezwungen, auf allen Gebieten grösste Sparsamkeit walten zu lassen. Ich bitte daher die Herren Instituts- und Seminardirektoren, mich in dieser Angelegenheit zu unterstützen und künftig dementsprechend zu verfahren.“³⁷



Ein altes Telefonbuch als Quelle

40 **B**ÜCHER HABEN BEKANNTLICH IMMER EINE GESCHICHTE, so auch das „Amtliche Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Köln“ für das Jahr 1943. Es wurde 1970 als Teil der Bestände des früheren Museums für Handel und Industrie an das Archiv abgegeben und zunächst in die Dienstbibliothek eingegliedert.





Heute ist es wieder Teil des Bestandes 8 „Museum für Handel und Industrie“.³⁸

Der Berliner Politologe Hartmut Jäckel hat im Jahre 2000 am Berliner Fernsprechverzeichnis von 1941 aufgezeigt, dass ein Telefonbuch als historische Quelle vielfältige Geschichten erzählt, wenngleich sein Gebrauchswert regelmäßig mit Erscheinen des Nachfolgebandes erlosch. Im Falle des Kölner Telefonbuchs von 1943 war der Nutzungszeitraum von vornherein länger angesetzt als sonst, indem bereits bei Erscheinen festgelegt wurde:

“Für dieses amtliche Fernsprecher Buch ist eine Geltungsdauer von 2 Jahren vorgesehen. Eine sorgsame Behandlung des Buches ist daher unbedingt erforderlich.“³⁹

Unser Exemplar hat man durch die Übergabe an das Universitätsmuseum vor der Vernichtung bewahrt. Aber auch andere Benutzer des Buches haben das Exemplar von 1943 gut gepflegt, denn im Antiquariatshandel tauchen gelegentlich – zu horrenden Preisen – einzelne Stücke auf. Während in Berlin im März 1942 nur ein Nachtrag zur Ausgabe 1941 erscheinen konnte, kennen wir 1943 für Köln zwei unterschiedliche Ausgaben; einmal die reine Telefonbuchausgabe mit 297 gezählten und 3 ungezählten Seiten und eine weitere Fassung mit einem gesondert gezählten Branchenteil. Beide erschienen im Verlag der Reichspost-Reklame, Bezirksdirektion Köln, Sternengasse 1 und wurden gegen Gebühr abgegeben.

Auf der letzten bedruckten, aber ungezählten Seite unseres Exemplars finden sich unmissverständliche Hinweise auf die sich verschärfende Kriegslage, so neben dem Hinweis auf die zweijährige Nutzungsdauer auch folgender Appell:

“Benutzer[,] denkt also daran, dass die besonderen Umstände des Krieges an jeden höhere Anforderungen stellen. Übt deshalb Rücksicht bei der Inanspruchnahme des Fernsprechers. Gespräche soweit irgend möglich, nicht nur während der Hauptverkehrszeit. Stunden 9 bis 13:00 Uhr abwickeln. Keine Auseinan-





dersetzungen mit der Vermittlungs-Beamtin; berechnigte Beschwerden bei der Aufsicht vorbringen.“

Letztmals war im März 1941 für Köln ein amtliches Verzeichnis erschienen, mit Stand vom 2. Januar, aber keines für 1942. Dies deckt sich mit dem Befund von Hartmut Jäckel, wonach die Unterbrechung des sonst jährlichen Turnus „zwar nicht das erste, aber doch ein gewichtiges Indiz der langsam fühlbar werdenden kriegswirtschaftlichen Zwänge und Engpässe war.“⁴⁰

Hierfür liefert das Amtsblatt der Kölner Stadtverwaltung, Jahrgang 1942, weitere Belege: Am 2. Februar gab der städtische Beigeordnete Dr. Evertz in Vertretung von Oberbürgermeister Winkelkemper bekannt, daß ein neues Fernsprechnuch, „das bisher alljährlich im Januar erschien“, erst im August 1942 erscheinen sollte. Der Kontext ergibt sich aus einem Erlass des Reichsinnenministeriums vom 8. Januar 1942 über die Einsparung von Papier, der allen städtischen Dienststellen zur Kenntnis gegeben wurde.

Der August 1942 kam, nicht aber das neue Telefonbuch. Am 16. Oktober 1942 gab Evertz in der seit 1919 bekannten Form den städtischen Dienststellen bekannt:

“Das amtliche Fernsprecher für den Reichspostdirektionsbezirk Köln soll neu gedruckt werden und Anfang März 1943 erscheinen. Ich bitte deshalb die Ämter und Betriebe, alle bisherigen Eintragungen sowohl in der Abfolge als auch unter Stadtverwaltung Köln sofort nachzuprüfen und Änderungen, Ergänzungen sowie Neuaufnahmen, die sich an den bisherigen allgemeinen Rahmen halten müssen, bis spätestens 1. November 1942 dem Amt 11 Organisation mitzuteilen. Fehlanzeige ist erforderlich.“

Am 10. November reichte auch das Universitätskuratorium einen Schriftsatz für den Eintrag Universität ein, dem am 19. Dezember noch ein Nachtrag für den Haupteintrag und eine längere Liste von Verweisungen, von Akademischer Auslandsstelle bis Zeitungswissenschaftliches Institut an der Universität, folgten.





UA Köln, Zugang 8/IV/1

43





Das Telefonbuch wurde Mitte April 1943 ausgeliefert, wobei Everts in seiner Verfügung vom 15. April allen Dienststellen, darunter der Universität, die Abgabe einer gleichen Anzahl von alten Telefonbüchern 1941 zur Pflicht machte. Hier haben wir den endgültigen Beleg, dass 1942 kein Telefonbuch erschienen war. Die Universität erhielt entsprechend ihren Hauptanschlüssen 11 Telefonbücher kostenlos geliefert, die unter den Mitarbeitern von Rektorat und Kuratorium verteilt wurden. Für sechs weitere Verwaltungsmitarbeiter wurden Exemplare zum Stückpreis von 50 Pfennig zugekauft. Kein Telefonbuch erhielten dagegen die Institute und Professoren.

Das Telefonbuch verzeichnet auf den 185 auf die Stadt Köln entfallenden Seiten circa 240 Teilnehmer je Seite; entsprechend gab es in der Domstadt etwa 44.400 Telefonanschlüsse. Wenngleich bis April 1940 in den monatlichen Statistiken noch Wohnungsneubauten ausgewiesen sind, müssen wir für die Gesamtzahl der Haushaltungen die Zahlen der Kölner Wohnungsstatistik von 1927 zugrunde legen; danach gab es in Köln 177.000 Wohnungen. Auf dieser Grundlage lässt sich errechnen, dass 1943 weniger als $\frac{1}{3}$ der Kölner Haushalte über ein Telefon verfügten. In der Zahl der Anschlüsse, die das Telefonbuch verzeichnet, sind natürlich auch die in Köln zahlreichen Ämter, Parteien, Dienststellen und Geschäftsinhaber einzurechnen.

Unter den 44.400 Kölner Fernsprecher Teilnehmern entdeckt der kundige Leser auch zahlreiche Personen, die mit der Universität in Verbindung standen. Ebenso interessant sind aber auch diejenigen, die 1943 fehlen, wie Professoren und Dozenten, die seit 1933 wegen ihrer Weltanschauung oder ihres jüdischen Glaubens wegen von Ministerium und Universität aus dem Lehramt verjagt wurden, wie der Mathematiker Hans Ludwig Hamburger, dem im August 1939, zwei Wochen vor Kriegsausbruch, noch die Flucht ins britische Exil gelang.⁴¹



Personen der mittleren Leitungsebene wie den büroleitenden Beamten des Rektorats Walter Hülser finden wir dagegen nicht, weil er keinen Telefonanschluss besaß. Am 13. April 1942 stellte deswegen Rektor Bering über das Kuratorium beim Fernsprechamt einen Antrag auf Legung einer Leitung von der Universität in dessen Privatwohnung Zülpicher Straße 183, wobei Bering auf die „kriegswichtigen“ Aufgaben des Rektors als stellvertretender Luftschutzbeauftragter und Leiter des öffentlichen Luftschutzkellers der Universität hinwies. Am 5. Juni 1942 hatte das Ministerium nämlich bekanntgegeben:

“Der sehr empfindliche Mangel an den für die Herstellung von Fernmelde-Anlagen notwendigen Rohstoffen und die Verschärfung der Rohstoff-Bewirtschaftung hat den Herrn Reichspostminister dazu gezwungen, die Einrichtung neuer Fernsprecheranschlüsse auf die Fälle unbedingter Kriegswichtigkeit oder wirtschaftlicher Dringlichkeit zu beschränken.“⁴²

Als der Geschäftsführende Kuratoriumsvorsitzende im Juni 1944 die Verlegung eines Fernsprechers aus der Wohnung eines Kaufmanns in die im gleichen Haus befindliche Wohnung seiner Sekretärin beauftragte, wurde dies vom Fernmeldeamt abgelehnt.⁴³ Natürlich hatte auch Ludwig auf seine Stellung als Reichsverteidigungsreferent und Abwehrbeauftragte der Universität hingewiesen, der seine Sekretärin jederzeit fernmündlich erreichen müsse. Mit diesem Vorgang endet in den Akten vorläufig die Telefongeschichte der im Oktober 1944 geschlossenen Universität.

Den Neubeginn nach Kriegsende markieren in unseren Archivalien die Bestellung einer Reihenhaupt- und einer -nebenstelle für das Rektorat⁴⁴ und das „Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Köln/Telephone directory of the district of Reichspostdirection Cologne“ vom Oktober 1945.⁴⁵





Dies und das

AM 10. MÄRZ 1921 BEANTRAGTE DIE UNIVERSITÄT die Verlegung des öffentlichen Münzfernsprechers („Telefonautomat samt Zelle“) vom E-(= Erfrischungs-)Raum im Dachgeschoss des Gebäudes in das Foyer. In diesen öffentlichen Münzfernsprecher mit der Telefonnummer B5532 wurden allerdings regelmäßig ungeeignete Münzen eingeworfen. Deswegen schlug das Hochbauamt vor, den Apparat in das als Telefonzentrale dienende Pedellenzimmer zu verlegen und den Gebühreneinzug durch den Telefonwart vornehmen zu lassen. Darauf antwortete die Universität, den Apparat solange ausser Betrieb setzen zu wollen, bis eine Benutzung mit Geldeinwurf wieder möglich sei.⁴⁶




UNTER DEM 2. MÄRZ 1922 VERFÜGTE DAS STÄDTISCHE BÜROPRÜFUNGSAMT aufgrund der immensen Steigerung der Fernsprechergebühren ein allgemeines Verbot zur Nutzung der Telefone für Privatgespräche. In dringenden Fällen konnte auf vorherige Anzeige beim Vorgesetzten dieser eine Ausnahme genehmigen. Von den Beschäftigten war eine Einzelgesprächsgebühr von 50 Pfennig zu erlegen; die Kontrolle war einem Beamten zu übertragen.⁴⁷ Die Anpassung dieser Gebühr spiegelt die immer rascher galoppierende Geldentwertung in der Hochinflation 1923 wieder:

Datum	Gebühr
20.03.1922	1,00 M
27.09.1922	3,50 M
14.11.1922	7,00 M
07.03.1923	30,00 M
30.06.1923	300,00 M
18.09.1923	500.000 M
26.10.1923	50 Mio M
Ab dem 24.11.2023	Grundbetrag 0,10 M x Schlüsselzahl in Papiermark umzurechnen

46



IE UMSTELLUNG AUF DAS SELBSTWAHLSYSTEM brachte ein ganz neues Problem mit dem Anstieg falscher Notrufe bei Polizei und Feuerwehr mit sich: Im Juni 1931 bestanden laut einem Zeitungsbericht im Köln rund 40.000 Fernsprecher, darin waren auch die öffentlichen Münzfernsprecher eingerechnet. Der Artikel wies darauf hin, dass neuerdings die Notrufnummern von Polizei (01) und Feuerwehr (02) gewählt würden – teils aus Irrtum, teils aus Mutwillen –, die Anrufer sich aber von der Post zurückverfolgen liessen :

So erhielt die Universität am 8. Juni 1931 ein Hinweiskärtchen des Fernsprechamts 2, dass von ihrem Anschluss aus am 5. Juni um 17:32 Uhr die Feuerwehr fälschlich angerufen worden sei. Der vom Geschäftsführenden Kuratoriumsvorsitzenden Eckert mit der internen Nachforschung beauftragte Hausinspektor Lehrmann meldete zurück, Telefonwart Kahlscheidt habe die Auskunft (08) anrufen wollen, aber fälschlicherweise 02 gewählt; er bitte für das Versehen um Entschuldigung. Da, wie Eckert vermerkte, die Feuerwehr nicht alarmiert wurde, blieb das Versehen folgenlos.⁴⁸

Da aber am 12. Juni 1931 der Beigeordnete Dr. Berndorff im städtischen Amtsblatt ebenfalls eine Zunahme solcher Fehlanrufe aus der Stadtverwaltung monierte, erging am 30. Juni durch Eckert ein Rundschreiben „an alle Inhaber von Fernsprechstellen der Universität“, welches die städtische Verfügung für die Hochschulangehörigen wiederholte.⁴⁹





Anmerkungen

- 1 Erläuterung für Nicht-Kölner: Jubeljahre werden in der Domstadt auch auf Vielfache der „nährischen“ 11 gefeiert.
- 2 UA Köln, Zugang 675/408.
- 3 Der 26. Oktober spielt in der Kölner Universitätsgeschichte offenbar eine besondere Rolle: Am 26.10.1907 wurde der Neubau der Handelshochschule am Römerpark, die heute so genannte „Alte Universität“ eingeweiht, am 26.10.1929 der Grundstein zum heutigen Universitätsgebäude in Lindenthal gelegt. Am gleichen Datum wurde – wie eingangs ausgeführt – die heutige Sammelrufnummer der Universität freigeschaltet. Die Ausleuchtung der mutmaßlich dahinterstehenden chronologischen und zahlenmythischen Zusammenhänge muss einer gesonderten gelehrten Abhandlung vorbehalten bleiben.
- 4 Elfriede Maurer: 100 Jahre Telefon in Köln 1881-1981 (Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Postgeschichte, Bezirksgruppe Köln; 7). Köln 1982, S. 11-13.
- 5 UA Köln, Dienstbibliothek, 005/HL/La/1-1901/13.
- 6 UA Köln, Zugang 9/21 (Bd. 1), /22 (Bd. 2) und /398 (Bd. 3).
- 7 UA Köln, Zugang 10/62.
- 8 UA Köln, Zugang 9/21.
- 9 Gegen die Kostensteigerungen der Kölner Opersanierung in Höhe von 266% wirklich eine „quantité négigable“.
- 10 UA Köln, Zugang 9/21.
- 11 UA Köln, Zugang 9/21: Post an die Stadtverwaltung/A 10, 5. März 1927.
- 12 UA Köln, Zugang 9/21: Stadt Köln/A 10 an Universitätskuratorium, 23. Juni 1932.
- 13 UA Köln, Zugang 9/21: Dekan der WiSo-Fakultät an das Kuratorium, 9. November 1932.
- 14 UA Köln, Zugang 9/21: Angebot von Siemens & Halske, 27. Mai 1933.
- 15 UA Köln, Zugang 9/21: Angebot von Siemens & Halske, 21. Oktober 1930 und Antwort des Kuratoriums, 28. Oktober 1930.
- 16 UA Köln, Zugang 9/814 [Fernsprechanlagen – Verzeichnisse].
- 17 Andreas Freitäger: Christian Eckert (1874-1952) (forum: universitätsarchiv; 2). Köln 2013, S. 35
- 18 UA Köln, Zugang 775/1 - /2.





- 19 Joseph Roth: Die Telephonzentrale (Der Neue Tag, 14. November 1919), in: ders.: Unter dem Bülowbogen. Prosa zur Zeit, hg. von Rainer-Joachim Siegel. Köln 1994, S. 69-73.
- 20 Roth (wie Anm. 19), S. 72.
- 21 UA Köln, Zugang 9/21: Schriftwechsel zwischen Studentenschaft und Kuratorium, 7. Oktober – 25. November 1922.
- 22 UA Köln, Zugang 9/21: Studentenschaft an Kuratorium, 18. Juli 1921.
- 23 Richtig: bei der Stadt Köln, s.u.
- 24 UA Köln, Zugang 9/21: Hausinspektor Lehrmann an Kuratorium, 18. Juli 1921.
- 25 UA Köln, Zugang 17/3368 [Personalakte Hermann Lehrmann].
- 26 UA Köln, Zugang 947/11/27.
- 27 UA Köln, Zugang 17/2638 [Personalakte Friedrich Kahlscheidt].
- 28 UA Köln, Zugang 17/3368.
- 29 UA Köln, Zugang 17/2638: Antrag von Kahlscheidt vom 7. Mai 1931; Gehaltsberechnung umseitig.
- 30 UA Köln, Zugang 17/1937 [Personalakte Irene v. Halasz].
- 31 UA Köln, Zugang 17/1937, Bl. 5.
- 32 UA Köln, Zugang 17/1937, Bl. 23.
- 33 UA Köln, Zugang 17/3797 [Personalakte Bertram Miesem], Bl. 5.
- 34 UA Köln, Zugang 17/1937, Bl. 1.
- 35 UA Köln, Zugang 947/11/27.
- 36 Die Summe ist vermutlich inflationsbedingt.
- 37 UA Köln, Zugang 9/22 [Fernmeldeangelegenheiten, Bd. 2], Rundschreiben des Geschäftsführenden Kurators Dr. Fassl, 18. Juli 1938.
- 38 UA Köln, Zugang 8/IV/1.
- 39 UA Köln, Zugang 8/IV/1, S. [298].
- 40 Hartmut Jäckel: Menschen in Berlin. Das letzte Telefonbuch der alten Reichshauptstadt 1941. Stuttgart 2000, S. 13.
- 41 Andreas Freitäger: Innenansichten aus der Emigration. Der Nachlaß von Hans Ludwig Hamburger, in: ders. (Hg.), „1933“. – Hochschularchive und die Erforschung des Nationalsozialismus (forum: universitätsarchiv; 1). Köln 2010, S. 137-150.





- 42 UA Köln, Zugang 9/22, Erlaß des REM vom 5. Juni 1942, betr. Fernsprechanlagen.
- 43 UA Köln, Zugang 9/22, Der Reichsabwehrreferent und Abwehrbeauftragte der Universität Köln an das Fernsprechamt 1 Köln, 1. Juni 1944 und Antwort des Fernsprechamts 2 Köln, 12. Juni 1944.
- 44 UA Köln, Zugang 9/398 [Fernsprechwesen]: Auftragsbestätigung der Firma Telefon & Normalzeit Lehner & Co., 17. September 1945.
- 45 UA Köln, Zugang 775/6: Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Köln, Ausgabe Oktober 1945/Telephone directory of the district of Reichspost-direction Cologne published October 1945. 55 S.
- 46 UA Köln, Zugang 9/21; Kuratorialesekretär Wersdörfer an A10, 10. März 1921.
- 47 UA Köln, Zugang 9/21.
- 48 UA Köln, Zugang 9/21: Fernsprechamt 2 Köln an Kuratorium, 6. Juni 1931 und Vorgang auf dem gleichen Blatt.
- 49 UA Köln, Zugang 9/21: Städtisches Verwaltungsblatt Nr. 16 vom 24. Juni 1931 und Rundschreiben des Kuratoriums der Universität vom 30. Juni 1931.





Zum Weiterlesen

- Jens JÄGER: Das vernetzte Kaiserreich. Die Anfänge von Modernisierung und Globalisierung. Ditzingen, Stuttgart 2020 (zum Telefon: S. 92-102).
- Stefan MÜNKER, Alexander ROESLER (Hg.): Telefonbuch. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Telefons. Frankfurt/Main 2000.
- Frank POSTLER: Die historische Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens in Deutschland vor dem Hintergrund spezifischer Interessenkonstellationen bis 1945. Eine sozialwissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Funktionen der Post. Frankfurt/Main 1991.
- Volker SCHNEIDER: Staat und Telekommunikation. Die politische Entwicklung der Telekommunikation in den USA, Japan, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien. Opladen, Wiesbaden 1999.
- Clemens SCHWENDER: Wie benutze ich den Fernsprecher? Die Anleitungen zum Telefonieren im Berliner Telefonbuch 1889-1996/97 (Technical Writing - Beiträge zur Technikdokumentation, Ausbildung und Industrie; 4). Frankfurt/Main 1997.
- Frank THOMAS: Telefonieren in Deutschland. Ökonomische, technische und räumliche Entwicklung eines großtechnischen Systems (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln; 21). Frankfurt/Main 1995.
- Sabine Zelger: „Das Pferd frißt keinen Gurkensalat“. Kulturgeschichte des Telefonierens. Wien, Köln, Weimar 1997.





Wichtige Rufnummern:



















UNIVERSITÄT
ZU KÖLN

HISTORISCHES ARCHIV
DER UNIVERSITÄT
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln (Lindenthal)

historisches-archiv@uni-koeln.de

